

Studienordnung für den Aufbaustudiengang „Europäisches Recht“¹

Der Senat der Universität Leipzig hat am 12.03.1996 gemäß §§ 25 und 27 SHG (GVBl. 1993, S. 691) für den Aufbaustudiengang „Europäisches Recht“ folgende Studienordnung beschlossen.

Inhaltsverzeichnis

- § 1 Geltungsbereich**
- § 2 Studienziele**
- § 3 Zugangsvoraussetzungen**
- § 4 Regelstudienzeit und Studienbeginn**
- § 5 Studienabschnitte**
- § 6 Studienberatung**
- § 7 Lehrveranstaltungen**
- § 8 Leistungsnachweise**
- § 9 Inkrafttreten und Veröffentlichung**

Anlage

¹ In dieser Ordnung gelten grammatikalisch maskuline Personenbezeichnungen gleichermaßen für Personen weiblichen und männlichen Geschlechts

§ 1

Geltungsbereich

Diese Studienordnung regelt auf der Grundlage der Prüfungsordnung für den Aufbaustudiengang Europäisches Recht vom 12.03.1996 das Studium in dem genannten Studiengang an der Universität Leipzig.

§ 2

Studienziele

- (1) Diese Studienordnung gilt für den an der Juristenfakultät der Universität Leipzig eingerichteten Aufbaustudiengang „Europäisches Recht“. Der Studiengang wird mit der Magisterprüfung zum „Magister des vergleichenden europäischen Rechts“ (M.Leg.Eur. bzw. LL.M.Eur.) abgeschlossen.
- (2) Der Studiengang soll deutschen und ausländischen Studierenden, die ein juristisches Hochschulstudium in einem europäischen Staat i.S.d. § 2 Abs. 1 der Prüfungsordnung erfolgreich abgeschlossen haben (Grundständiges Studium), einen vertieften wissenschaftlichen Einblick in die Praxis des europäischen Rechtsverkehrs, insbesondere in die Rechtsordnungen anderer europäischer Staaten als des Staates, in dem das Grundständige Studium absolviert wurde, sowie in die europäische Rechtsvereinheitlichung, das Kollisionsrecht und das Internationale Prozeßrecht geben.

§ 3

Zugangsvoraussetzungen

- (1) Die Einschreibung für den Aufbaustudiengang setzt den erfolgreichen Abschluß eines Studiums der Rechtswissenschaften an der Universität eines europäischen Staates im Sinn des § 2 Abs. 2 (Grundständiges Studium) voraus. Über das Vorliegen dieser Voraussetzung entscheidet der Vorsitzende des Prüfungsausschusses gemäß § 7 Abs. 3 der Prüfungsordnung für den Aufbaustudiengang „Europäisches Recht“.
- (2) Über Ausnahmen entscheidet der Vorsitzende des Prüfungsausschusses nach Maßgabe des § 2 der Prüfungsordnung für den Aufbaustudiengang „Europäisches Recht“.

§ 4

Regelstudienzeit und Studienbeginn

- (1) Die Regelstudienzeit beträgt vier Semester.
- (2) Das Studium kann zum Sommer- und zum Wintersemester aufgenommen werden.

§ 5

Studienabschnitte

- (1) Das Aufbaustudium gliedert sich in ein Auslandsstudium, ein Spezialstudium, sowie die Prüfungsphase. Auf das Auslandsstudium entfallen in der Regel zwei Semester, auf das Spezialstudium ein Semester.
- (2) Im Auslandsstudium sind in jedem Semester Lehrveranstaltungen in einem nach dem Studienplan der Gastuniversität angemessenen Umfang zu besuchen. Verwendet die Gastuniversität das ECTS oder ein vergleichbares System, so gilt als angemessen der Besuch von Veranstaltungen im Wert von mindestens 25 ECTS pro Semester auf der Basis einer Regelbelastung inländischer Studierender von 30 ECTS pro Semester.
- (3) Ein einsemestriges Auslandsstudium ist nach Maßgabe von § 3 Abs. 6 der Prüfungsordnung möglich, sofern der Studierende die nach der Prüfungsordnung erforderlichen Leistungsnachweise innerhalb eines Semesters erwirbt. In diesem Fall genügt der Besuch von Lehrveranstaltungen in einem nach dem Studienplan der Gastuniversität angemessenen Umfang in diesem Semester.
- (4) Das Auslandsstudium muß an einer Universität eines europäischen Staates i.S.d. § 2 Abs. 2 durchgeführt werden. Es darf nicht in dem Staat durchgeführt werden, in dem das Grundständige Studium durchgeführt wird. Ein Studierender, der sein Grundständiges Studium nicht in Deutschland durchgeführt hat, kann sein Auslandsstudium insbesondere auch an jeder deutschen Universität einschließlich der Universität Leipzig durchführen.
Im Auslandsstudium sind in jedem Semester Lehrveranstaltungen in einem nach dem Studienplan der Gastuniversität angemessenen Umfang zu besuchen. Verwendet die Gastuniversität das ECTS oder ein vergleichbares System, so gilt als angemessen der Besuch von Veranstaltungen im Wert von mindestens 25 ECTS pro Semester auf der Basis einer Regelbelastung inländischer Studierender von 30 ECTS pro Semester. Führt ein Bewerber das Auslandsstudium an der Universität Leipzig durch, so gilt als angemessen der Besuch von für das Auslandsstudium ausgewiesenen Veranstaltungen in zwei Semestern im Umfang von mindestens 50 effektiven Punkten nach der Anlage zu dieser Prüfungsordnung.
- (5) Das Spezialstudium ist an der Juristenfakultät der Universität Leipzig durchzuführen. Studienleistungen und Leistungsnachweise, die an anderen Universitäten erbracht wurden, sind nicht anrechenbar. Es gliedert sich in Pflicht- und Wahlpflichtveranstaltungen nach Maßgabe von § 7 Abs. 4.
- (6) Im Spezialstudium sind nach Maßgabe der Anlage zu dieser Studienordnung Veranstaltungen im Umfang von mindestens 25 effektiven Punktwerten gemäß der Anlage zur Prüfungsordnung zu besuchen.

§ 6 Studienberatung

Die allgemeine Studienberatung erfolgt durch den Bereich Wissenschaftliche Weiterbildung und Fernstudium der Universität Leipzig.

Die studienbegleitende fachliche Beratung ist Aufgabe der Juristenfakultät.

§ 7 Lehrveranstaltungen

- (1) Die Juristenfakultät bietet Lehrveranstaltungen an und weist diese in einem gesonderten Vorlesungsverzeichnis aus, die für das Auslandsstudium an der Universität Leipzig (Studierende mit einem Grundständigen Studium an einer nichtdeutschen Universität) geeignet sind.
- (2) Diese Lehrveranstaltungen werden nach Maßgabe der Anlage zur Prüfungsordnung mit einem effektiven Punktwert versehen, um insbesondere ausländischen Studierenden die Orientierung über die in einem Semester bei ordnungsgemäßigem Studium zu empfehlende Arbeitsbelastung zu erleichtern. In einem ordnungsgemäßen Studiensemester wird der Besuch von Veranstaltungen mit einer Summe effektiver Punktwerte von 30 empfohlen.
- (3) Die Lehrveranstaltungen für das Auslandsstudium an der Universität Leipzig umfassen Vorlesungen, Übungen und Seminare, in denen grundlegende Kenntnisse des deutschen Rechts in den Gebieten Bürgerliches Recht, Strafrecht und Öffentliches Recht erworben werden. Es handelt sich regelmäßig um Veranstaltungen, die deutschen Studierenden der Rechtswissenschaften bis zum vierten Fachsemester angeboten werden. Der Studierende soll Veranstaltungen in wenigstens zwei dieser Gebiete besuchen. Auf jedes dieser Teilgebiete sollen Veranstaltungen im Umfang von insgesamt wenigstens 20 effektiven Punktwerten entfallen.
- (4) Die Lehrveranstaltungen für das Spezialstudium umfassen Vorlesungen, Seminare und Übungen. Sie gliedern sich in Pflichtveranstaltungen und Wahlpflichtveranstaltungen.

Pflichtveranstaltungen sind Vorlesungen zu folgenden Themen:

Internationales Zivilprozeßrecht
Europäisches Zivilprozeßrecht
Internationales Privatrecht

Als Wahlpflichtveranstaltungen geeignet sind alle Vorlesungen, Übungen und Seminare zu Themen der Rechtsvereinheitlichung und Rechtsvergleichung, des ausländischen und internationalen Verfahrensrechts und des Kollisionsrechts nach Maßgabe des dieser Studienordnung angefügten Studienplanes.

Werden Pflicht- oder Wahlpflichtveranstaltungen während des einsemestrigen Spezialstudiums nicht angeboten, ist der Studierende jedoch zur Magisterprüfung nach § 5 der Prüfungsordnung zugelassen, so können einzelne Pflicht- oder Wahlpflichtveranstaltungen auch während der einsemestrigen Prüfungsphase besucht werden.

- (5) Sprachkenntnisse, die für die erfolgreiche Durchführung des Auslandsstudiums, bei ausländischen Studierenden ggf. auch des Spezialstudiums an der Juristenfakultät der Universität Leipzig erforderlich sind, sind nicht Zulassungsvoraussetzung. Die Studierenden werden jedoch darauf hingewiesen, daß Kenntnisse der Sprache, in der die Veranstaltungen abgehalten werden, regelmäßig wenigstens in einem Umfang erforderlich sind, der das Verständnis des Vorgetragenen, eine erforderliche aktive Mitarbeit, sowie die literarische Nacharbeit der Veranstaltung ermöglicht. Studierende sollen die für das Auslandsstudium erforderlichen Sprachkenntnisse in diesem Umfang vor Beginn des Auslandsstudiums in eigener Verantwortung erwerben. Studierende, die ihr Grundständiges Studium an der Universität Leipzig durchführen, werden hierzu auf die Kurse des Fachsprachenzentrums hingewiesen.

§ 8

Leistungsnachweise

- (1) Während des Auslandsstudiums und des Spezialstudiums sind Leistungsnachweise nach Maßgabe der Prüfungsordnung für den Aufbaustudiengang „Europäisches Recht“ zu erbringen.
- (2) Leistungsnachweise für das Spezialstudium (§ 5 Abs. 2 Nr. 3 der Prüfungsordnung) werden nur in Veranstaltungen erteilt, die im gesonderten Vorlesungsverzeichnis nach § 1 Nr. 2 dieser Studienordnung als für das Spezialstudium geeignet angekündigt sind.
- (3) Veranstaltungen, die in der Anlage zu dieser Studienordnung als Veranstaltungen zum Spezialstudium aufgeführt sind, gelten im Sinne von § 4 Abs. 2 des Anhangs zur Prüfungsordnung als geeignet für das Spezialstudium.

§ 9
Inkrafttreten und Veröffentlichung

Diese Studienordnung wurde ausgefertigt auf Grund eines Beschlusses des Senats der Universität Leipzig vom 12.3.1996 und dem Sächsischen Staatsministerium für Wissenschaft und Kunst am 20.10.1997 angezeigt.

Sie tritt mit Wirkung vom 1.10.1997 in Kraft und wird in den Amtlichen Bekanntmachungen der Universität Leipzig veröffentlicht.

Leipzig, den 10.12.1997

Prof. Dr. Volker Bigl
Rektor

- Studienplan -
Anlage zur Studienordnung für den Aufbaustudiengang
„Europäisches Recht“

1. Auslandsstudium an der Juristenfakultät

Studierenden, die an der Universität Leipzig das Auslandsstudium gemäß § 3 Abs. 2 dieser Studienordnung durchführen, wählen aus dem „Vorlesungsverzeichnis für den Aufbaustudiengang Europäische Recht“ Veranstaltungen aus wenigstens zwei der Gebiete Bürgerliches Recht, Strafrecht, Öffentliches Recht, jeweils einschließlich Prozeßrecht aus.

Die Summe der effektiven Punktwerte der Veranstaltungen soll für jedes Semester etwa 30 betragen. Auf jedes der beiden gewählten Gebiete sollen je mindestens 20 effektive Punktwerte entfallen.

2. Spezialstudium

Das Spezialstudium gemäß § 4 Abs. 3 dieser Studienordnung gliedert sich in Pflicht- und Wahlpflichtveranstaltungen. Die Pflichtveranstaltungen werden regelmäßig im Wintersemester angeboten. Die Summe der effektiven Punktwerte der im Spezialstudium besuchten Veranstaltungen einschließlich der Pflichtveranstaltungen und der für den Erwerb der Leistungsnachweise nach § 5 Abs. 2 Nr. 3 erforderlichen Seminare und Übungen soll mindestens 25 betragen.

Werden Pflicht- oder Wahlpflichtveranstaltungen während des einsemestrigen Spezialstudiums nicht angeboten, ist der Studierende jedoch zur Magisterprüfung nach § 5 der Prüfungsordnung zugelassen, so können einzelne Pflicht- oder Wahlpflichtveranstaltungen auch während der einsemestrigen Prüfungsphase besucht werden.

Ein Anspruch auf Zulassung zur Prüfung ohne das Vorliegen der in § 5 der Prüfungsordnung genannten Voraussetzungen wird hierdurch nicht begründet.

a. Pflichtveranstaltungen

(die Werte in Klammern geben die effektiven Punktwerte [eP] und die Semesterwochenstunden [SWS] an, mit denen die Veranstaltungen an der Juristenfakultät in der Regel angeboten werden)

im Regelfall Wintersemester

Internationales Zivilprozeßrecht (1.5 eP 1 SWS)

Europäisches Zivilprozeßrecht (1.5 eP 1 SWS)

Internationales Privatrecht (4.5 eP 3 SWS)

b. Wahlpflichtveranstaltungen

Sommer- und Wintersemester

aa. Rechtsvergleichung, Rechtsvereinheitlichung:

Einführung in die Zivilrechtsvergleichung (3 eP 2 SWS)
Einführung in das [Name einer ausländischen Rechtsordnung unter Einschluß nicht-europäischer Rechte] Privatrecht (1.5 oder 3 eP 1 oder 2 SWS)
Einheitliches UN-Kaufrecht (3 eP 2 SWS)
Internationales Schuldvertragsrecht (1.5 eP 1 SWS)
Europäisches Gesellschaftsrecht (1.5 eP 1 SWS)
Europäisches Kartellrecht (1.5 eP 1 SWS)
Europäisches Steuerrecht (1.5 eP 1 SWS)
Europäisches Arbeits- und Sozialrecht (1.5 eP 1 SWS)
Einführung in die Strafrechtsvergleichung (3 eP 2 SWS)
Einführung in die Verfassungsrechtsvergleichung (3 eP 2 SWS)

bb. Prozeßrecht, Verfahrensrecht

Asylrecht in den Mitgliedsstaaten der EU (3 eP 2 SWS)
Freiwillige Gerichtsbarkeit in Auslandsfällen (1.5 eP 1 SWS)

cc. Kollisionsrecht

Internationales Familien-und Erbrecht (1.5 eP 1 SWS)
Internationales Schuld- und Sachenrecht (1.5 eP 1 SWS)
Internationales Schuldvertragsrecht (1.5 eP 1 SWS)
Internationales Strafrecht (1.5 eP 1 SWS)

dd. Seminare und Übungen

Einführung in die Bearbeitung auslandsrechtlicher Fälle (Übung, 8 eP 2 SWS)
Übung im Internationalen Privatrecht (8 eP 2 SWS)
Seminare aus dem Internationalen Privat- und Prozeßrecht, der Rechtsvergleichung und der Rechtsvereinheitlichung.
- werden jeweils mit Hinweis auf die Eignung für den Studiengang angekündigt (in der Regel 8 eP 2 SWS)

§ 6

Magisterarbeit

- (1) Die Magisterarbeit bezieht sich auf ein Thema aus den Bereichen der Rechtsvergleichung, der europäischen Rechtsvereinheitlichung, des Kollisionsrechts, oder des internationalen oder europäischen Verfahrensrechts.

Durch die Magisterarbeit weist der Bewerber vertiefte Kenntnisse in der die Grenzen einer Rechtsordnung überschreitenden europäischen Rechtsanwendung nach.

- (2) Der Vorsitzende des Prüfungsausschusses bestellt auf Vorschlag des Bewerbers ein zur selbständigen Lehre berechtigtes Mitglied der Juristenfakultät mit dessen Einverständnis zum Betreuer. Der Vorschlag begründet keinen Rechtsanspruch. Ein Wechsel des Betreuers ist nur bei Vorliegen eines wichtigen Grundes zulässig. Hierüber entscheidet der Vorsitzende des Prüfungsausschusses.

- (3) Die Bestellung des Betreuers kann vor Zulassung des Bewerbers zur Magisterprüfung erfolgen, wenn die Studienleistungen nach § 3 Abs. 2 erbracht sind, die Zulassungsvoraussetzungen gemäß § 5 Abs. 2 Nrn. 1 bis 3 mit Ausnahme des Abschlusses des Spezialstudiums vorliegen und aufgrund erheblich überdurchschnittlicher Studienleistungen des Bewerbers zu erwarten ist, daß das Spezialstudium während der Anfertigung der Magisterarbeit erfolgreich abgeschlossen werden kann.

Hierüber entscheidet der Vorsitzende des Prüfungsausschusses. Der Bewerber ist schriftlich zu belehren, daß mit der vorgezogenen Bestellung des Betreuers und der Stellung des Themas der Magisterarbeit eine Zulassung zur mündlichen Prüfung nach § 12 nicht verbunden ist.

- (4) Das Thema der Magisterarbeit wird vom Betreuer auf den Antrag des Bewerbers hin gestellt. Der Antrag kann spätestens einen Monat nach Bestellung des Betreuers gestellt werden. Über Ausnahmen entscheidet der Vorsitzende des Prüfungsausschusses.

- (5) Die Bearbeitungszeit beträgt drei Monate. Die Frist kann aus wichtigem Grund durch den Vorsitzenden des Prüfungsausschusses im Benehmen mit dem Betreuer um höchstens drei Monate verlängert werden. Werden die Fristen nicht eingehalten, so gilt die Magisterarbeit als nicht bestanden. § 9 Abs. 5 bleibt unberührt.

- (6) Die Ausgabe des Themas der Magisterarbeit erfolgt über den Vorsitzenden des Prüfungsausschusses. Der Zeitpunkt der Ausgabe ist aktenkundig zu machen. Nach Ausgabe des Themas ist ein Wechsel des Themas nicht zulässig.

- (7) Die Magisterarbeit ist in deutscher Sprache abzufassen und in drei Exemplaren zusammen mit einer schriftlichen Erklärung des Bewerbers, daß er die Arbeit selbständig angefertigt hat, andere als die angegebenen Quellen und Hilfsmittel nicht benutzt hat, die Arbeit in dieser Form noch nicht anderweitig als Prüfungsleistung verwendet worden oder in deutscher oder einer anderen

Sprache veröffentlicht worden ist, beim Vorsitzenden des Prüfungsausschusses einzureichen. Der Abgabetermin ist aktenkundig zu machen.

§ 7 **Prüfungsausschuß**

- (1) An der Juristenfakultät wird ein ständiger Prüfungsausschuß für die Magisterprüfung nach dieser Prüfungsordnung eingerichtet. Dem Prüfungsausschuß gehören an: Zwei Hochschullehrer, ein studentischer Vertreter, ein Vertreter der wissenschaftlichen Mitarbeiter der Juristenfakultät.
- (2) Vorsitzender des Prüfungsausschusses muß ein der Juristenfakultät angehörender Hochschullehrer sein.
- (3) Der Fakultätsrat der Juristenfakultät bestellt den Prüfungsausschuß und seinen Vorsitzenden für die Dauer von drei Jahren. Wiederbestellung ist unbegrenzt zulässig. Das studentische Mitglied des Prüfungsausschusses amtiert für die Dauer eines Jahres.
- (4) Der Prüfungsausschuß ist beschlußfähig, wenn alle Mitglieder ordnungsgemäß geladen und der Vorsitzende oder dessen Stellvertreter sowie insgesamt mehr als die Hälfte der Mitglieder anwesend sind. Der Prüfungsausschuß beschließt mit einfacher Mehrheit der anwesenden Mitglieder; Enthaltungen sind nicht möglich. Bei Stimmengleichheit entscheidet die Stimme des Vorsitzenden. Das studentische Mitglied wirkt bei der Festlegung von Prüfungsaufgaben nicht mit.
- (5) Der Prüfungsausschuß überwacht die Einhaltung der Bestimmungen der Prüfungsordnung und sorgt für eine ordnungsgemäße Vorbereitung und Durchführung der Prüfung. Er entscheidet über die Anerkennung von Studienleistungen gemäß § 4 dieser Prüfungsordnung und über die Zulassung zur Prüfung und bestellt die Gutachter gemäß § 9 Abs. 1 sowie die Prüfungskommission nach § 11. Er unterrichtet die für den Aufbaustudiengang verantwortlichen Hochschullehrer regelmäßig über Prüfungsangelegenheiten.
- (6) Die Mitglieder des Prüfungsausschusses haben das Recht, an der Abnahme von Prüfungen teilzunehmen.
- (7) Die Mitglieder des Prüfungsausschusses, ihre Stellvertreter, die Prüfer und die Beisitzer unterliegen der Amtsverschwiegenheit. Sofern sie nicht im öffentlichen Dienst stehen, sind sie durch den Vorsitzenden des Prüfungsausschusses zur Verschwiegenheit zu verpflichten.

§ 8 **Prüfer**

Als Prüfer kann jedes zur selbständigen Lehre berechnigte Mitglied einer Fakultät an einer Hochschule in einem europäischen Staat i.S.v. § 2 Abs. 1 bestellt werden.

Mitglieder von Fakultäten aus Staaten, die nicht der EU oder der EFTA angehören, sollen nur bestellt werden, wenn der Bewerber das Grundständige Studium oder das Auslandsstudium in diesem Staat durchgeführt hat.

§ 9 Begutachtung

- (1) Die Arbeit wird von zwei Prüfern i.S.d § 8 begutachtet (Gutachter). Ein Gutachter muß der Juristenfakultät der Universität Leipzig angehören. Die Gutachter werden vom Prüfungsausschuß bestimmt. Als Erstgutachter ist in der Regel der Betreuer zu bestellen. Der Prüfungsausschuß kann ein zusätzliches Gutachten eines Prüfers i.S.d. § 8 einer nichtjuristischen Fakultät einholen, wenn dies aufgrund fachübergreifender Aspekte des Themas der Magisterarbeit angezeigt erscheint.
- (2) Die Gutachten müssen eine Bewertung nach § 10 enthalten. Wird die Magisterarbeit durch beide Gutachter schlechter als „ausreichend“ bewertet, ist die gesamte Magisterprüfung nicht bestanden. Wird sie von einem Gutachter schlechter als „ausreichend“ bewertet, so ist ein weiterer Prüfer, der der Juristenfakultät angehört, als Gutachter zu bestellen. Beurteilt dieser die Arbeit ebenfalls schlechter als „ausreichend“ so ist die Fortsetzung der Prüfung ausgeschlossen. Die Magisterarbeit verbleibt in diesem Fall bei den Akten.
- (3) Die Gutachten sollen innerhalb von zwei Monaten nach Abgabe der Magisterarbeit vorliegen.
- (4) Das Ergebnis der Gutachten wird dem Bewerber durch den Vorsitzenden des Prüfungsausschusses schriftlich bekanntgegeben.
- (5) Auf Antrag kann die Magisterarbeit einmal wiederholt werden.

§ 10 Notenstufen

Die Einzelleistungen (Magisterarbeit, mündliche Prüfung) werden mit folgenden Noten und Punktzahlen bewertet:

sehr gut:	16 - 18	
gut		13 - 15
vollbefriedigend	10 - 12	
befriedigend		7 - 9
ausreichend		4 - 6
mangelhaft		1 - 3
ungenügend	0	

§ 11

Prüfungskommission

- (1) Nach Vorliegen aller gemäß § 9 erforderlichen Gutachten bestellt der Prüfungsausschuß zum Zwecke der Abnahme der mündlichen Prüfung i.S.d. § 12 die Prüfungskommission, sofern nicht die Prüfung gemäß § 9 Abs. 2 bereits aufgrund des Ergebnisses der Masterarbeit nicht bestanden ist.
- (2) Die Prüfungskommission besteht aus drei Prüfern i.S.d. § 8. Den Vorsitz führt ein Mitglied der Juristenfakultät. Der Betreuer und die Gutachter sollen der Prüfungskommission angehören; ein Gutachter, der die Masterarbeit schlechter als „ausreichend“ bewertet hat, soll der Prüfungskommission nicht angehören.

§ 12

Mündliche Prüfung

- (1) Die mündliche Prüfung findet nach Abschluß der Begutachtung der Masterarbeit statt, sofern nicht die Prüfung gemäß § 9 Abs. 2 bereits aufgrund des Ergebnisses der Masterarbeit nicht bestanden ist.
- (2) Den Zeitpunkt bestimmt der Vorsitzende der Prüfungskommission; der Bewerber ist mit einer Frist von einer Woche schriftlich zu laden. Die Prüfung soll in einem Zeitraum von vier Wochen nach Einsetzung der Prüfungskommission stattfinden.
- (3) Die Prüfung erstreckt sich auf
 1. die Thematik der Masterarbeit
 2. Kollisionsrecht und internationales und europäisches Prozeßrecht
 3. Grundzüge der Rechtsvergleichung und der europäischen Rechtsvereinheitlichung unter Berücksichtigung der Rechtsordnungen des Grundständigen Studiums und der Rechtsordnung, die im Auslandsstudium studiert wurde.
- (4) Zum Prüfungsinhalt nach Abs. 3 Nr. 3 letzter Halbsatz kann der Bewerber zwischen den Prüfungsgebieten Zivilrecht, Strafrecht und Öffentliches Recht, jeweils unter Einschluß des zugehörigen Prozeßrechts wählen und innerhalb des gewählten Gebiets einen im Umfang angemessenen Schwerpunkt mitteilen. Die Prüfung ist insoweit auf das gewählte Gebiet zu beschränken; sie soll sich auf den gewählten Schwerpunkt beziehen.
- (5) Es dürfen bis zu drei Kandidaten gemeinsam geprüft werden. Für jeden Kandidaten ist eine Gesamtprüfungsdauer von mindestens 40 Minuten und höchstens 50 Minuten vorzusehen.
- (6) Die Prüfung ist öffentlich für alle Angehörigen der Juristenfakultät.

- (7) Im Anschluß an die mündliche Prüfung entscheidet die Prüfungskommission über die Bewertung der mündlichen Prüfung. Für jedes der Prüfungsgebiete gemäß § 12 Abs. 3 ist eine Einzelnote gemäß § 10 festzusetzen. Die Prüfungskommission verkündet das Ergebnis der mündlichen Prüfung dem Bewerber sofort.
- (8) Die wesentlichen Gegenstände und Ergebnisse der mündlichen Prüfung sind in einem Protokoll festzuhalten.

§ 13 Bewertung

- (1) Der Vorsitzende des Prüfungsausschusses setzt als Durchschnittspunktzahl der Magisterarbeit das auf zwei Dezimalstellen ohne Berücksichtigung der dritten Dezimalstelle berechnete arithmetische Mittel der in sämtlichen Bewertungen nach § 9 Abs. 2 vergebenen Punktzahlen i.S.d. § 10 fest.
- (2) Sodann beschließt der Prüfungsausschuß die Gesamtnote der Magisterprüfung. Gesamtnote ist die Summe aus
 - der mit dem Faktor 6 multiplizierten Durchschnittspunktzahl der Magisterarbeit gemäß Abs. 1
 - und den drei Einzelpunktzahlen der mündlichen Prüfunggeteilt durch den Divisor 9.
Die so ermittelte Gesamtdurchschnittspunktzahl wird auf zwei Dezimalstellen ohne Berücksichtigung der dritten Dezimalstelle bestimmt.
- (3) Die Magisterprüfung ist bestanden, wenn die Gesamtdurchschnittspunktzahl mindestens 4,00 beträgt; die Bewertung von einzelnen Prüfungsleistungen mit „mangelhaft“ oder „ungenügend“ steht dem Bestehen der Prüfung nicht entgegen.
- (4) Hat der Bewerber die Magisterprüfung bestanden und im Spezialstudium zwei Seminar- oder Übungsscheine mit einer Bewertung von mindestens 14 Punkten erworben, so ist die nach Abs. 2 ermittelte Gesamtdurchschnittspunktzahl um 0,50 Punkte zu erhöhen. Sie kann in diesem Fall um weitere 0,50 Punkte erhöht werden, wenn die gezeigten Studienleistungen in dem in der Prüfung erreichten Ergebnis keinen angemessenen Ausdruck finden.

(5) Die Gesamtnote der Magisterprüfung lautet:

sehr gut bei einer Punktzahl von	14,00 - 18,00
gut bei einer Punktzahl von	11,50 - 13,99
vollbefriedigend bei einer Punktzahl von	9,00 - 11,49
befriedigend bei einer Punktzahl von	6,50 - 8,99
ausreichend bei einer Punktzahl von	4,00 - 6,49

§ 14 Wiederholung

- (1) Ist die Magisterprüfung nicht bestanden, so kann sie nur innerhalb von zwölf Monaten nach der Verkündung der Gesamtnote wiederholt werden. Eine zweite Wiederholung ist ausgeschlossen. Über Ausnahmen aus wichtigem Grund entscheidet der Prüfungsausschuß.
- (2) Auf Antrag des Kandidaten ist nur die mündliche Prüfung zu wiederholen, wenn die Durchschnittspunktzahl der Magisterarbeit gemäß § 13 Abs. 1 mit mindestens 6,50 Punkten festgesetzt wurde. In diesem Fall ist die Magisterarbeit für die Wiederholungsprüfung anzurechnen.
- (3) Wird ein Antrag nach Absatz 2 nicht gestellt und wird die in der Wiederholungsprüfung gefertigte Magisterarbeit im Durchschnitt schlechter bewertet als die erste Magisterarbeit, so kann der Bewerber auch nachträglich beantragen, daß die ursprüngliche Magisterarbeit der Berechnung des Ergebnisses der Wiederholungsprüfung zugrundegelegt wird. Dies gilt auch dann, wenn die zweite Magisterarbeit schlechter als „ausreichend“ beurteilt wurde.

§ 15 Akteneinsicht

Nach Abschluß der Magisterprüfung ist innerhalb eines Jahres nach Bekanntgabe des Prüfungsergebnisses dem Bewerber auf Antrag Akteneinsicht zu gewähren.

§16 **Zeugnis**

Über das Gesamtergebnis der Prüfung stellt der Prüfungsausschuß ein Zeugnis aus, welches das Thema und die Note der Magisterarbeit nach § 13 Abs. 1, die Noten der mündlichen Prüfung in den Prüfungsgebieten nach § 12 Abs. 3 sowie die Gesamtnote der Magisterprüfung nach § 13 Abs. 2 enthält. Das Prüfungszeugnis trägt das Datum des Tages, an dem die letzte Prüfungsleistung erbracht worden ist. Es ist vom Vorsitzenden des Prüfungsausschusses zu unterzeichnen. Das Prüfungsergebnis wird dem Bewerber durch Übergabe des Zeugnisses bekanntgemacht.

§ 17 **Magisterurkunde**

- (1) Über die erfolgreich abgelegte Magisterprüfung wird im Namen der Juristenfakultät durch deren Dekan eine Magisterurkunde ausgestellt. Darin wird die Verleihung des Magistergrades entsprechend § 1 Abs. 3 beurkundet. Die Magisterurkunde trägt das Datum des Zeugnisses nach § 16.
- (2) Die Magisterurkunde wird vom Dekan der Juristenfakultät und dem Vorsitzenden des Prüfungsausschusses unterzeichnet und mit dem Siegel der Juristenfakultät versehen.
- (3) Das Recht zur Führung des akademischen Grades beginnt mit dem Tag der Aushändigung der Urkunde. Verzögert sich die Aushändigung aus Gründen, die der Bewerber nicht zu vertreten hat, um mehr als vier Wochen ab Verkündung der Gesamtnote, soll der Vorsitzende des Prüfungsausschusses auf Antrag des Bewerbers die vorzeitige Führung bewilligen.

§ 18 **Versäumnis, Rücktritt, Täuschung bei Prüfungsleistungen**

Für Versäumnis und Rücktritt von Prüfungsleistungen sowie für Täuschungsversuche gelten die Bestimmungen der sächsischen JAPO vom 22. August 1991 in der jeweiligen Fassung entsprechend.

§ 19 **Inkrafttreten**

Diese Prüfungsordnung wurde ausgefertigt auf Grund eines Beschlusses des Senats der Universität Leipzig vom 12.3.1996 und wurde am 20.10.1997 genehmigt vom Sächsischen Staatsministerium für Wissenschaft und Kunst.

Sie tritt mit Wirkung vom 1.10.1997 in Kraft und wird in den Amtlichen Bekanntmachungen der Universität Leipzig veröffentlicht.

Leipzig, den 10.12.1997

Prof. Dr. Volker Bigl
Rektor